

Grundkurse/Referendariat

Die Station in der öffentlichen Verwaltung

Grundkurs für Rechtsreferendare

von

Michael Happ, Dr. Erwin Allesch, Harald Geiger, Dr. Andreas Metschke, Dr. Jost Hüttenbrink

7., überarbeitete und aktualisierte Auflage

[Die Station in der öffentlichen Verwaltung – Happ / Allesch / Geiger / et al.](#)

schnell und portofrei erhältlich bei [beck-shop.de](#) DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

[Allgemeines Verwaltungsrecht - Gesamtdarstellungen](#)



Verlag C.H. Beck München 2012

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 62866 5

beck-shop.de

Die Station in der öffentlichen Verwaltung

beck-shop.de

Die Station in der öffentlichen Verwaltung

– Grundkurs für Rechtsreferendare –

von

Michael Happ

Vors. Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, München

Dr. Erwin Allesch

Vizepräsident des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs, München

Harald Geiger

Präsident des Bayerischen Verwaltungsgerichts, München

Dr. Andreas Metschke

Regierungsvizepräsident von Unterfranken, Würzburg

Dr. Jost Hüttenbrink

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Verwaltungsrecht und Notar, Münster

7., überarbeitete und aktualisierte Auflage



Verlag C. H. Beck München 2012

beck-shop.de

www.beck.de

ISBN 978 3 406 62866 5

© 2012 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Druckhaus Nomos
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim
Satz: Uhl + Massopust GmbH, Aalen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 7. Auflage

Die Station in der öffentlichen Verwaltung ist – wie die juristische Ausbildung insgesamt – von einer großen Menge an Ausbildungsstoff geprägt, den wirklich zu beherrschen für den Rechtsreferendar kaum je möglich sein wird. Die Erfahrung zeigt, dass fundierten Kenntnissen des Verwaltungsverfahrens, des Widerspruchsverfahrens und des Verwaltungsprozesses für den öffentlich-rechtlichen Teil der Zweiten Juristischen Staatsprüfung eine Schlüsselrolle zukommt. Auf diese Gebiete beschränkt sich daher der vorliegende Band der Reihe „Grundkurs für Rechtsreferendare“.

Schon beim Lesen einer Prüfungsaufgabe die Lösung entwickeln zu können, ist eine zwar verbreitete, aber gleichermaßen illusorische Wunschvorstellung. Die sofort parate Antwort ist – nicht nur angesichts der Stofffülle – ein falsches Leitbild. Vielmehr geht es primär um die Fähigkeit, die Fragen richtig stellen zu können. Das setzt voraus, dass ein Problem nicht nur „gekannt“ wird, sondern die Problemstellung als solche verstanden ist. Die Darstellung wendet sich daher an den kritischen, mitdenkenden Leser. Wer nur Schemen und Versatzstücke sucht, liest vergebens.

Eine vollständige systematische Darstellung des Verwaltungsverfahrens- und -prozessrechts ist nicht unser Anliegen. Wir haben dort die Schwerpunkte gesetzt, wo nach unseren Erfahrungen die Probleme in Examensklausuren liegen und die Schwierigkeiten in der Bearbeitung auftreten. Dabei haben wir uns weitestgehend an der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts und der Oberverwaltungsgerichte/Verwaltungsgerichtshöfe der Länder orientiert, soweit das ohne Verlust der Transparenz der Problemstellung möglich war. Der wissenschaftliche „Apparat“ ist im Wesentlichen auf grundlegende Gerichtsentscheidungen und einige verbreitete Ausbildungswerke und Kommentare reduziert. Wer die eine oder andere Frage vertiefen möchte, wird auf weiterführende Literatur zurückgreifen.

Für die Neuauflage haben wir zahlreichere kleinere Gesetzesänderungen und die zwischenzeitlich veröffentlichte Rechtsprechung eingearbeitet. Neu ist außerdem eine Übersicht zu den landesrechtlichen Regelungen des Widerspruchsverfahrens, diese Materie ist allerdings sehr in Fluss. Für Hinweise und Verbesserungsvorschläge aufmerksamer Leser sind wir auch weiterhin dankbar.

München/Würzburg/Münster im November 2011

Die Verfasser

beck-shop.de

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis	XXIII
1. Teil. Das Ausgangsverfahren vor den Verwaltungsbehörden (Metschke)	1
1. Kapitel: Das Verwaltungsverfahren	1
2. Kapitel: Der Verwaltungsakt	23
3. Kapitel: Besondere Verfahrensarten	48
2. Teil. Das Widerspruchsverfahren (Allesch; Muster für anwaltl. Widerspruchseinlegung: Hüttenbrink)	55
1. Kapitel: Rechtliche Grundlagen des Widerspruchsverfahrens	55
2. Kapitel: Die Durchführung des Widerspruchsverfahrens	58
3. Kapitel: Die das Widerspruchsverfahren abschließenden Entscheidungen	76
3. Teil. Verwaltungsprozessrecht (Happ/Geiger/Hüttenbrink)	92
1. Kapitel: Grundlagen (Happ)	92
2. Kapitel: Die Zulässigkeit der verwaltungsgerichtlichen Klage (Happ/Hüttenbrink) .	99
3. Kapitel: Die Begründetheit der verwaltungsgerichtlichen Klage (Happ)	132
4. Kapitel: Das verwaltungsgerichtliche Urteil im 1. Rechtszug (Happ)	137
5. Kapitel: Die Beendigung des Rechtsstreits durch die Parteien (Happ)	142
6. Kapitel: Das Berufungsverfahren (Geiger/Hüttenbrink)	143
7. Kapitel: Das Revisionsverfahren (Geiger)	183
8. Kapitel: Das Beschwerdeverfahren (Geiger)	186
9. Kapitel: Die Normenkontrolle (Geiger)	193
10. Kapitel: Der einstweilige Rechtsschutz (Geiger)	204
11. Kapitel: Die Anhörungsrüge (Hüttenbrink)	226
Sachregister	231

beck-shop.de

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis	XXIII
1. Teil. Das Ausgangsverfahren vor den Verwaltungsbehörden	
1. Kapitel. Das Verwaltungsverfahren	1
A. Allgemeines	1
I. Rechtliche Grundlagen	1
II. Begriff des Verwaltungsverfahrens	1
III. Arten des Verwaltungsverfahrens	2
B. Beginn und Grundsätze der Verwaltungstätigkeit	2
I. Beginn des Verfahrens	2
II. Wichtige Verfahrensgrundsätze	2
1. Untersuchungsgrundsatz	2
2. Grundsatz der Einfachheit und Zweckmäßigkeit	3
3. Nichtöffentlichkeit und Geheimhaltung	3
C. Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden	3
I. Allgemeines	3
II. Sachliche Zuständigkeit	3
1. Verbandskompetenz	3
2. Ressortzuständigkeit	4
3. Die sachliche Zuständigkeit im engeren Sinn	4
4. Die funktionelle Zuständigkeit	5
5. Verbot des Selbsteintritts	5
III. Die örtliche Zuständigkeit	5
1. Allgemeines	5
2. Regelung des §3 VwVfG	5
3. Verweisung durch die unzuständige Behörde	5
D. Entscheidungsspielräume der Verwaltung	6
I. Gebundene Entscheidungen	6
II. Ermessensentscheidungen	6
1. Ermessensnormen	6
2. „Soll“-Vorschriften	7
3. Ausfüllung des Ermessensspielraums durch die Verwaltung	7
III. Unbestimmter Rechtsbegriff und Beurteilungsspielräume	8
1. Begriffe	8
2. Von der Rechtsprechung anerkannte Beurteilungsspielräume	8
3. Grenzfälle	9
IV. Planungs- und Prognoseentscheidungen	9
V. Koppelungsvorschriften	10
VI. Fehler bei der Ausfüllung von Entscheidungsspielräumen	10
1. Ermessensfehler	10
2. Ermessensfehler als Klausurproblem	11
3. Fehler bei Beurteilungsspielräumen der Verwaltung	12

E. Die im Verfahren „Handelnden“	13
I. Auf seiten des Bürgers	13
1. Die Beteiligten	13
2. Bevollmächtigte und Beistände	14
II. Auf seiten der Verwaltung	15
1. Ausgeschlossene Personen	15
2. Besorgnis der Befangenheit	17
F. Die wichtigsten Verfahrensrechte der Beteiligten	17
I. Recht auf Anhörung	17
1. Allgemeines	17
2. Anwendungsbereich und Wesen	17
3. Bedeutung	18
II. Recht auf Akteneinsicht	18
1. Anwendungsbereich	18
2. Anwendungsfälle	19
III. Recht auf Geheimhaltung	20
G. Fristen, Termine, Wiedereinsetzung	20
I. Fristen und Termine	20
1. Beginn von Fristen	20
2. Ende von Fristen	21
3. Fristenregelung bei Feiertagen, Samstagen und Sonntagen	21
4. Termine	21
5. Verlängerung behördlicher Fristen	22
6. Fristenprobleme in der Klausur	22
II. Wiedereinsetzung	22
2. Kapitel. Der Verwaltungsakt	23
A. Begriff	23
I. Bedeutung des Verwaltungsaktes	23
II. Voraussetzungen für das Vorliegen eines Verwaltungsaktes	23
1. Maßnahme	23
2. Handeln einer Behörde	24
3. Auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts	25
4. Einzelfall	26
5. Regelung	26
6. Außenwirkung	28
B. Wirksamkeit des Verwaltungsaktes	29
I. Beginn der Wirksamkeit	29
1. Bekanntgabe	29
2. Die förmliche Zustellung	31
3. Wirksamkeit	32
II. Ende der Wirksamkeit	33
1. Allgemeines	33
2. Rücknahme rechtswidriger Verwaltungsakte	33
3. Widerruf rechtmäßiger Verwaltungsakte	37
4. Erstattung von Leistungen bei unwirksamen Verwaltungsakten	38
5. Aufhebung von Verwaltungsakten mit belastender Drittwirkung	39
C. Anforderungen an den rechtmäßigen Verwaltungsakt	40
I. Allgemeines	40
II. Voraussetzungen formeller Rechtmäßigkeit	40
1. Form- und Verfahrensprobleme	40
2. Begründung	41
III. Voraussetzungen materieller Rechtmäßigkeit	41

D. Der fehlerhafte Verwaltungsakt	42
I. Der nichtige Verwaltungsakt	42
1. Absolute Nichtigkeitsgründe und Ausschluss der Nichtigkeit	42
2. Relative Nichtigkeitsgründe	42
3. Feststellung der Nichtigkeit	43
II. Der rechtswidrige anfechtbare Verwaltungsakt	43
1. Allgemeines	43
2. Heilung von Verfahrens- und Formfehlern	43
3. Unbeachtlichkeit von Form-, Verfahrens- und Zuständigkeitsfehlern	45
III. Umdeutung von Verwaltungsakten	46
E. Nebenbestimmungen zum Verwaltungsakt	46
I. Arten der Nebenbestimmungen	46
1. Aufzählung in § 36 Abs. 2 VwVfG	46
2. Genehmigungsinhaltsbestimmungen und modifizierende Auflagen	46
II. Zulässigkeit von Nebenbestimmungen	47
III. Rechtsschutz gegen Nebenbestimmungen	47
1. Überblick über die Rechtsprechung	47
2. Problematik in der Klausur	48
3. Kapitel. Besondere Verfahrensarten	48
A. Das förmliche Verwaltungsverfahren (Hinweis)	48
I. Allgemeines	48
II. Besonderheiten des förmlichen Verfahrens	49
B. Verfahren über eine einheitliche Stelle	49
C. Überblick über das Planfeststellungsverfahren	49
I. Allgemeines	49
1. Begriff und Wesen	49
2. Anzuwendende Vorschriften	50
II. Gang des Verfahrens	50
1. Planaufstellung	50
2. Anhörungsverfahren	51
III. Planfeststellungsbeschluss	51
1. Inhalt des Planfeststellungsbeschlusses	51
2. Rechtswirkungen der Planfeststellung	53
2. Teil. Das Widerspruchsverfahren	
1. Kapitel. Rechtliche Grundlagen des Widerspruchsverfahrens	55
A. Verfassungsrechtliche Grundlagen, Kompetenzlage	55
I. Die §§ 68 ff. VwGO als Sachurteilsvoraussetzungen	55
II. Anwendungsbeispiele	55
B. Rechtsquellen	55
I. Die Vorschriften in der VwGO selbst	55
1. §§ 68–73 VwGO als einschlägiges Recht	55
2. Ergänzung durch andere Vorschriften	56
II. Vorschriften außerhalb der VwGO	56
1. Ausführungsgesetze zur VwGO	56
2. Fachgesetze	56
3. Verwaltungsverfahrensgesetze	57
C. Rechtsnatur des Widerspruchsverfahrens	57

2. Kapitel. Die Durchführung des Widerspruchsverfahrens	58
A. Verwaltungsrechtsweg (§§ 56, 40 VwGO)	58
B. Statthaftigkeit des Widerspruchs	58
I. Nur bei Anfechtungs- und Verpflichtungsklagen	58
1. Anfechtungswiderspruch	58
2. Verpflichtungswiderspruch	59
3. Behandlung unstatthafter Widersprüche	59
II. Wegfall des Widerspruchsverfahrens nach § 68 Abs. 1 S. 2, Abs. 2 VwGO	59
1. Bundes- oder Landesgesetze	59
2. Oberste Bundes- oder Landesbehörden	60
3. Erstmalige Beschwer durch den Abhilfe- oder Widerspruchsbescheid	60
III. Entbehrlichkeit des Widerspruchsverfahrens nach Rechtsprechungsgrundsätzen	60
1. Widerspruchseinlegung durch Dritte	60
2. Änderung des angefochtenen Verwaltungsakts	61
3. Rügelese Einlassung im Verwaltungsprozess	61
4. Erledigung des angefochtenen Verwaltungsakts	61
5. Unstatthaftigkeit des Vorverfahrens bei allen richterrechtlichen Ausnahmen vom Erfordernis des Vorverfahrens?	61
IV. Erforderlichkeit des Vorverfahrens bei § 75 VwGO	62
1. Zulässige Untätigkeitsklage	62
2. Untätigkeitsklage vor Ablauf der Sperrfrist	62
V. Besonderheiten bei § 54 BeamtStG	62
C. Einleitung des Vorverfahrens	63
I. Erhebung des Widerspruchs	63
II. Widerspruchsform	63
1. Schriftlichkeit	63
2. Zur Niederschrift	63
3. Formfehlerhafter Widerspruch	63
III. Auslegung, Abgrenzung zu formlosen Rechtsbehelfen	64
IV. Widerspruchsfrist	64
1. Berechnung der Widerspruchsfrist	64
2. Ingangsetzen der Widerspruchsfrist	65
3. Behandlung verspäteter Widersprüche	66
4. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	66
V. Widerspruchsbefugnis	67
VI. Widerspruchsinteresse	67
VII. Verzicht auf den Widerspruch	67
D. Zuständigkeit der Widerspruchsbehörde	67
I. Nächst höhere Behörde	68
II. Ausgangsbehörde	68
III. Selbstverwaltungsangelegenheiten	68
IV. Ausschüsse und Beiräte	68
V. Besonderheiten bei § 54 Abs. 2, 3 BeamtStG	68
VI. Sonstige Zuständigkeitsfragen und Zuständigkeitsmängel	69
E. Gang des Verfahrens	69
I. Beginn und Ende des Widerspruchsverfahrens	69
II. Wirkungen des Widerspruchs	69
1. Devolutiveffekt	69
2. Suspensiveffekt	70
III. Recht- und Zweckmäßigkeitprüfung	70
IV. Beteiligtenbezogene Sachentscheidungsvoraussetzungen	71
1. Beteiligungs- und Handlungsfähigkeit	71
2. Beteiligte	71

3. Mitwirkung anderer Behörden und Stellen	71
4. Vertretung	71
V. Anhörung	72
VI. Verfahrensmaximen	73
VII. Änderung des Verfahrensgegenstandes	73
VIII. Rücknahme und Erledigung des Widerspruchs	73
E. Anwaltliche Tätigkeit im Widerspruchsverfahren: Muster für Widerspruch	74
3. Kapitel. Die das Widerspruchsverfahren abschließenden Entscheidungen	76
A. Abhilfe	76
I. Begriff, Abgrenzung zu §§ 48 ff. VwVfG	76
II. Kein eigenständiges Abhilfeverfahren	76
III. Nichtabhilfe	77
IV. Abhilfe nach Widerspruchsvorlage	77
V. Der Abhilfebescheid	77
1. Inhalt des Abhilfebescheids	77
2. Verhältnis zum Widerspruchsbescheid	77
3. Teilabhilfe	78
4. Kostenentscheidung	78
VI. Vorgehen gegen den Abhilfebescheid	78
B. Widerspruchsbescheid	78
I. Entscheidungsbefugnisse	78
1. Entscheidung bei unzulässigem Widerspruch	78
2. Entscheidung bei unbegründetem Widerspruch	78
3. Entscheidungsarten bei begründetem Widerspruch	79
4. Entscheidungszuständigkeit	79
5. (Fach-)Aufsichtliche Weisung statt Widerspruchsbescheid?	81
6. Reformatio in peius	81
II. Begründung des Widerspruchsbescheids	83
1. Aufbau der Begründung	83
2. Bedeutung der Begründung	83
III. Kostenentscheidung	84
1. Grundlagen	84
2. Kostenlastentscheidung	85
3. Zuziehung eines Bevollmächtigten	86
4. Anfechtung von Kostenentscheidungen im Widerspruchsverfahren	86
IV. Rechtsbehelfsbelehrung	86
V. Zustellung des Widerspruchsbescheids	87
VI. Entscheidungen bei Rücknahme und Erledigung des Widerspruchs	87
1. Rücknahme	87
2. Erledigung	87
3. Zuständigkeit, Kostenentscheidung	88
VII. Gestaltungsfragen, Tenorierungsbeispiele	88
C. Nebenentscheidungen nach § 80 VwGO	89
I. Anordnung der sofortigen Vollziehung	89
II. Aussetzung der sofortigen Vollziehung	89
III. Zusammentreffen mit Widerspruchsbescheid	89
D. Tenorierungsbeispiele für Widerspruchsbescheide	90

3. Teil. Verwaltungsprozessrecht	
1. Kapitel. Grundlagen	92
A. Grundsätze des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens	92
I. Dispositionsmaxime (Verfügungsgrundsatz)	92
II. Inquisitionsmaxime (Untersuchungsgrundsatz)	92
1. Allgemeines	92
2. Materielle Beweislast	93
III. Mündlichkeitsprinzip	93
B. Gerichtsverfassung	94
I. Aufbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit	94
II. Besetzung der Spruchkörper	94
C. Die Verfahrensbeteiligten	94
I. Kläger und Beklagter (§ 63 Nr. 1, 2 VwGO)	94
II. Beigeladener (§ 63 Nr. 3 VwGO)	95
1. Einfache Beiladung (§ 65 Abs. 1 VwGO)	95
2. Notwendige Beiladung (§ 65 Abs. 2 VwGO)	95
III. Der Vertreter des öffentlichen Interesses (§ 63 Nr. 4 VwGO)	96
D. Klagehäufung	97
I. Objektive Klagehäufung	97
1. Wesen	97
2. Sinn	97
3. Formen	97
II. Subjektive Klagehäufung	98
1. Wesen	98
2. Formen	98
3. Nachträgliche subjektive Klagehäufung (Parteibeitritt)	99
4. Beiladung und Streitgenossenschaft	99
2. Kapitel. Die Zulässigkeit der verwaltungsgerichtlichen Klage	99
A. Allgemeines	99
B. Verwaltungsrechtsweg (§ 40 VwGO)	99
I. Öffentlich-rechtliche Streitigkeit/ordentlicher Rechtsweg (§ 13 GVG)	100
II. Streitigkeit nichtverfassungsrechtlicher Art	100
III. Sonderzuweisungen	101
1. § 217 BauGB	101
2. § 126 Abs. 1 BRRG	101
3. § 23 EGGVG	101
IV. Rechtswegverweisung	102
C. Die Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts	102
I. Sachliche Zuständigkeit	102
II. Örtliche Zuständigkeit	102
III. Zuständigkeitsmängel	103
D. Ordnungsgemäße Klageerhebung	103
I. Form der Klageerhebung (§ 81 VwGO)	103
1. Schriftform	103
2. Zur Niederschrift (§ 81 Abs. 1 S. 2 VwGO)	103
II. Notwendiger Inhalt der Klageschrift (§ 82 Abs. 1 VwGO)	104
III. Rechtshängigkeit	104

E. Partei- und Prozessfähigkeit	104
I. § 61 Nr. 2 VwGO	105
II. § 61 Nr. 3 VwGO	105
F. Ordnungsgemäße Vertretung	105
I. Vertretung durch Rechtsanwälte	105
II. Schriftliche Vollmacht	105
III. Heilung von Vollmachtsmängeln	105
G. Klageänderung	105
I. Begriff der Klageänderung	106
II. Zulässigkeit der Klageänderung	106
III. Sonstige Prozessvoraussetzungen der geänderten Klage	107
IV. Die einseitige Erledigterklärung	107
1. Allgemeines	107
2. Begriff der Erledigung	107
H. Rechtsschutzinteresse	108
1. Allgemeines	108
2. Rechtsschutzinteresse und Klageart	109
3. Sonderregelungen	109
I. Statthaftigkeit (Klagearten)	109
1. Gestaltungsklagen	109
2. Leistungsklagen	109
3. Feststellungsklagen	110
4. Klagen sui generis (insb. Kommunalverfassungsstreit)	110
J. Anfechtungs- und Verpflichtungsklagen	110
I. Verwaltungsakt	110
II. Gegenstand der Klage	110
1. Gegenstand der Anfechtungsklage	110
2. Gegenstand der Verpflichtungsklage	111
III. Klagefrist	112
IV. Widerspruchsverfahren	112
1. Allgemeines	112
2. Untätigkeitsklage (§ 75 VwGO)	112
V. Klagebefugnis	113
1. Geltendmachen	113
2. Rechtsverletzung	114
3. Drittschutzfragen	114
VI. Rechtsschutzinteresse	115
VII. Klage wegen Nebenbestimmungen eines Verwaltungsaktes	115
VIII. Fortsetzungsfeststellungsklage	116
1. Anwendungsfälle	116
2. Voraussetzungen	116
K. Feststellungsklagen	117
I. Rechtsverhältnis	117
II. Feststellungsinteresse	117
III. Subsidiarität (§ 43 Abs. 2 VwGO)	118
IV. Zwischenfeststellungsklage	118
L. Allgemeine Leistungsklagen	118
M. Vorbeugender Rechtsschutz	118
I. Vorbeugende Feststellungsklage	119
II. (Vorbeugende) Unterlassungsklage	119

N. Die anwaltliche Tätigkeit im Klageverfahren	119
I. Beratung vor Einleitung des Klageverfahrens	119
1. Prüfung der Erfolgsaussichten	119
2. Einhaltung der Klagefrist	119
3. Beauftragung nach Fristablauf	120
4. Auswahl des Klägers	120
5. Sonstiges	121
II. Klageerhebung	121
1. Hauptanträge	121
2. Nebenanträge	124
3. Klagebegründung	124
III. Weiterer Gang des Klageverfahrens	125
1. Heilung von behördlichen Verfahrens- und Formfehlern	125
2. Klageänderung	126
IV. Ablauf der mündlichen Verhandlung	127
1. Verlegungs- und Vertagungsanträge	127
2. Rüge von Verfahrensmängeln	127
3. Beweisanträge	128
V. Hinweispflichten nach Zustellung des erstinstanzlichen Urteils	128
VI. Muster einer Klageschrift	129
3. Kapitel. Die Begründetheit der verwaltungsgerichtlichen Klage	132
A. Passivlegitimation	132
I. Anfechtungs- und Verpflichtungsklage	132
1. § 78 Abs. 1 Nr. 1 VwGO	132
2. § 78 Abs. 2 VwGO	133
II. Allgemeine Leistungsklage, Feststellungsklage	133
B. § 113 Abs. 1 VwGO (Anfechtungsklage)	133
I. Rechtswidrigkeit des Verwaltungsaktes	133
1. Formelle und materielle Rechtswidrigkeit	133
2. Maßgeblicher Entscheidungszeitpunkt	134
3. Nachschieben von Gründen	135
II. Rechtsverletzung	136
C. § 113 Abs. 5 VwGO (Verpflichtungsklage)	136
I. Rechtswidrigkeit des Verwaltungsaktes/Anspruch auf den Verwaltungsakt	136
II. Spruchreife, Verbescheidung	137
III. Maßgeblicher Entscheidungszeitpunkt	137
D. Allgemeine Leistungsklagen, Feststellungsklagen	137
4. Kapitel. Das verwaltungsgerichtliche Urteil im 1. Rechtszug	137
A. Rubrum	138
B. Tenor	138
I. Sachentscheidung	138
1. Erfolglose Klage	138
2. Erfolgreiche Klage	138
II. Kostenentscheidung	139
III. Vollstreckbarkeit	140
IV. Rechtsmittelzulassung	140
C. Tatbestand	140
D. Entscheidungsgründe	141

E. Rechtsmittelbelehrung, Unterschriften, Streitwertbeschluss	141
F. Verkündung des Urteils	141
G. Rechtskraft des Urteils	141
I. Formelle Rechtskraft	141
II. Materielle Rechtskraft	141
5. Kapitel. Die Beendigung des Rechtsstreits	142
A. Klagerücknahme	142
I. Allgemeines	142
II. Verfahren	142
B. Einvernehmliche Erledigterklärung	142
I. Allgemeines	142
II. Verfahren	143
C. Gerichtlicher Vergleich	143
6. Kapitel. Das Berufungsverfahren	143
A. Allgemeines	143
I. Die Rechtsnatur der Berufung	143
II. Das Berufungsverfahren	144
1. Berufungszulassung	144
2. Verfahrensvorschriften	145
3. Verfahren bei Eingang eines Zulassungsantrags	145
4. Entscheidungsmöglichkeiten im Zulassungsverfahren	145
5. Verfügungen und Entscheidungsmöglichkeiten im Berufungsverfahren	146
6. Rücknahme der Berufung oder Erledigung der Hauptsache	147
7. Entscheidungsmöglichkeiten bei zulässiger Berufung	148
8. Anschlussberufung	151
9. Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit	152
10. Zulassung der Revision	152
B. Prüfungsschema für die Berufung und den Berufungszulassungsantrag	153
I. Die Zulässigkeit der vom Verwaltungsgericht zugelassenen Berufung	153
1. Statthaftigkeit	153
2. Form	153
3. Frist	154
4. Beschwer	154
5. Rechtsschutzinteresse	156
6. Sonstige Zulässigkeitsfragen	156
II. Die Begründetheit der Berufung	156
III. Die Zulässigkeit des Berufungszulassungsantrags	157
1. Statthaftigkeit	157
2. Antragsfrist	157
3. Form	157
4. Beschwer	159
IV. Die Begründetheit des Berufungszulassungsantrags	159
V. Anwaltliche Tätigkeit in Berufungszulassungsverfahren	159
1. Aufgabe des Anwalts der unterlegenen Partei nach Zustellung des erstinstanzlichen Urteils	159
2. Zulassungsantrag	160
3. Begründung des Zulassungsantrags	160
4. Muster eines Belehrungsschreibens bei nicht zugelassener Berufung	163

5. Muster eines Antrags auf Zulassung der Berufung	165
6. Muster einer Begründung eines Antrags auf Zulassung der Berufung	167
C. Prüfungsschema für die Berufung	179
I. Zulässigkeit der Berufung	179
1. Zulassung durch das Berufungsgericht	179
2. Berufungsbegründungsfrist	179
3. Form	179
4. Sonstige Zulässigkeitsfragen	179
II. Die Begründetheit der Berufung	180
III. Muster: Zurückweisung der Berufung	181
7. Kapitel. Das Revisionsverfahren	183
A. Allgemeines	183
I. Die Rechtsnatur der Revision	183
II. Das Revisionsverfahren	183
1. Nichtzugelassene Revision	183
2. Zugelassene Revision	184
3. Besonderheiten	184
B. Prüfungsschema für die Revision	184
I. Zulässigkeit der Revision	184
1. Statthaftigkeit der Revision	184
2. Schriftform	185
3. Revisionsfrist	185
II. Begründetheit der Revision	185
8. Kapitel. Das Beschwerdeverfahren	186
A. Allgemeines	186
I. Die Rechtsnatur der Beschwerde	186
II. Das Beschwerdeverfahren	186
B. Prüfungsschema für die Beschwerde	187
I. Zulässigkeit der Beschwerde	187
1. Statthaftigkeit der Beschwerde	187
2. Beschwerdesumme	188
3. Form	188
4. Frist	189
5. Beschwer	189
6. Rechtsschutzinteresse	190
II. Begründetheit der Beschwerde	190
III. Muster: Zurückweisung der Beschwerde	191
9. Kapitel. Die Normenkontrolle	193
A. Allgemeines	193
I. Das Wesen der Normenkontrolle	193
II. Das Normenkontrollverfahren	193
III. Die Rechtsfolgen der Nichtigkeitsklärung	196
B. Prüfungsschema für die Normenkontrolle	196
I. Zulässigkeit des Normenkontrollantrags	196
1. Statthaftigkeit des Normenkontrollantrags	196
2. Zuständigkeit	198
3. Antragsbefugnis	198

4. Form	199
5. Frist	199
6. Vorbehalt zugunsten der Verfassungsgerichtsbarkeit	200
7. Rechtsschutzinteresse	200
8. Anderweitige Rechtshängigkeit	200
9. Entgegenstehende Rechtskraft	200
10. Sonstige Zulässigkeitsfragen	201
II. Die Begründetheit der Normenkontrolle	201
III. Muster: Urteil	202
10. Kapitel. Der einstweilige Rechtsschutz	204
A. Allgemeines	204
B. Anordnung und Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung von Widerspruch und Anfechtungsklage, § 80 Abs. 5 VwGO	204
I. Der Anwendungsbereich des § 80 Abs. 5 VwGO	204
II. Die Rechtsfolgen der aufschiebenden Wirkung	205
III. Ausschluss der aufschiebenden Wirkung	206
1. Anforderung von öffentlichen Abgaben und Kosten, § 80 Abs. 2 Nr. 1 VwGO	206
2. Unaufschiebbare Anordnungen und Maßnahmen von Polizeivollzugsbeamten, § 80 Abs. 2 Nr. 2 VwGO	207
3. Durch Gesetz ausgeschlossene Fälle, § 80 Abs. 2 Nr. 3 VwGO	207
4. Ausschluss der aufschiebenden Wirkung kraft behördlicher Entscheidung, § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO	207
IV. Das gerichtliche Aussetzungsverfahren	209
V. Prüfungsschema für einen Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO	213
1. Zulässigkeit des Antrags	213
2. Begründetheit des Antrags	216
VI. Muster: Urteil	218
C. Die einstweilige Anordnung, § 123 VwGO	220
I. Der Anwendungsbereich des § 123 VwGO	220
II. Die Arten der einstweiligen Anordnung	220
III. Das Verfahren auf Erlass einer einstweiligen Anordnung	220
IV. Vorwegnahme der Hauptsache	221
V. Prüfungsschema für einen Antrag nach § 123 VwGO	222
1. Zulässigkeit	222
2. Begründetheit des Antrags	223
VI. Muster: Urteil	224
11. Kapitel. Die Anhörungsüge (§ 152 a VwGO)	226
A. Allgemeines	226
I. Normzweck der Anhörungsüge	226
II. Präklusion anderer Rechtsbehelfe durch § 152 a VwGO	226
III. Verhältnis zur Verfassungsbeschwerde	226
IV. Das Anhörungsügevverfahren	227
1. Verfahren bei Antragseingang	227
2. Entscheidung bei unzulässigem oder unbegründetem Antrag	227
3. Entscheidung bei begründetem Antrag	227
B. Prüfschema für die Anhörungsüge	228
I. Zulässigkeit des Antrags	228
1. Statthaftigkeit	228
2. Form	228
3. Frist	228

4. Darlegung einer Gehörsverletzung	229
II. Begründetheit des Antrags	229
Sachregister	231